AZA 8416 Flaach (Adressänderungen: Postfach 54, 8416 Flaach)

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 43. Jahrgang, **Nr. 18**, Freitag, 7. Oktober 2022

Die (un)heimliche Macht 2

Trans-Workshop 12

Herrschsucht 17

Die moderne Gotthardpost
Bild: Markus Rezzonico, Hergiswil NW

La Grande Nation

Die (un)heimliche Macht

von Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, Wettswil am Albis ZH

Die meisten Europäer glauben, dass Deutschland innerhalb der EU die Führungsposition innehalte – ein weitverbreiteter Irrtum. Es ist nicht Deutschland sondern Frankreich, das die EU und ihre Institutionen massgeblich kontrolliert, auch wenn Präsident Macron mit seiner Minderheit im französischen Parlament derzeit nur noch als «lame duck» gilt.

Frankreich hat, wohl von langer Hand geplant, via Einsitznahme in Spitzenpositionen der EU-Gremien, aber auch bei wirtschaftlich wichtigen internationalen Institutionen, seine Macht etabliert. Dazu kommt die Ansiedlung von Hauptsitzen solcher Institutionen in Frankreich, damit diese – mit französischem Personal bestückt – auf allen Ebenen beeinflusst werden können.

Und wenn Frankreich einmal nicht zum Zuge kam, dann wurden solche Institutionen wenn immer möglich in französischsprechenden Nachbarländern angesiedelt. Man sollte nicht vergessen, dass Französisch und nicht Deutsch die Sprache der Diplomaten ist. So ist Luxemburg Sitz des Europäischen Gerichtshofes und des EU-Statistikbüros Eurostat. In Brüssel befinden sich die EU-Zentrale und das Hauptquartier der Nato in Europa. Im Gegensatz zu Deutschland ist Frankreich ständiges Mitglied des Uno-Sicherheitsrates, in dem es bis September 2022 auch den Vorsitz innehat.

«The rotten heart of Europe»

Solche Feststellungen machte bereits ein von der EU ungeliebter Visionär, der britische Währungsexperte Bernard Connolly, der wegen seines 1995 publizierten Buches «The rotten heart of Europe» (Das verdorbene Herz Europas) all seiner Ämter bei der EU enthoben und sogar mit nächtlichen Verhören durch den EU-Geheimdienst verfolgt wurde. Connolly ist kein Verschwörungstheoretiker, denn die Realität zeigt, dass es Frankreich tatsächlich gelungen ist, mit einer gezielten Infiltrierung die meisten Schlüsselpositionen in den wichtigsten wirtschaftlichen Institutionen zu besetzen oder internationale Institutionen in Frankreich anzusiedeln.

Französische Schlüsselpositionen

EU: Ein zweiter, kostspieliger Sitz des EU-Parlamentes befindet sich in Strassburg. Von Strassburg aus sendet auch der EU-gesponserte Fernsehkanal Arte. Der heutige EU-Kommissar Thierry Breton ist zuständig für den internen Markt inkl. Verteidigung und Raumfahrt. Als Brexit-Chefunterhändler amtete der ehemalige französische EU-Kommissar Michel Barnier. Frankreich besetzte während 26 von 55 Jahren von allen Ländern während der längsten Zeit das Ressort für Wirtschaft, Währungen und den Finanzsektor. Und während zehn Jahren war Jacques Delors EU-Kommissionspräsident.

Europarat: In Strassburg befindet sich auch der Europarat und der EU-Menschenrechtsgerichtshof, zwei europaweite Institutionen, die sich zusehends auch in Wirtschaftsangelegenheiten einmischen.

Europäische Zentralbank EZB: Die frühere IWF-Präsidentin Christine Lagarde wurde 2020 in einem Hinterzimmerdeal zwischen Frankreich und Deutschland als EZB-Präsidentin gewählt. Im Gegenzug übernahm die Deutsche Ursula von der Leyen das EU-Kommissionspräsidium. Bereits in den Anfängen der EZB lag das Präsidium in französischen Händen (Trichet).

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ: Der Vorsitz liegt derzeit beim Franzosen François Villeroy de Galhau.

Internationaler Währungsfonds IWF: Bis 2020 präsidierte die ehemalige französische Finanzministerin Christine Lagarde den IWF. Pierre-Olivier Gourinchas wurde 2022 zum IWF Economic Counsellor and Head of Research Department befördert. Seit 1945 hat Frankreich bereits fünf Mal das IWF-Präsidium besetzt.

Europäische Bankenaufsicht EBA und ESMA: François-Louis Michaud amtet seit 2020 als Executive Director der European Banking Authority. Innerhalb der EU-Bankenaufsicht mit Sitz in Paris ist Isabelle Vaillant als eines der fünf Direktionsmitglieder für die prudentielle Bankenaufsicht und die Umsetzung der Standards verantwortlich. Die European Securities and Markets Authority wird gemeinsam von Verena Ross (Deutschland) und Natasha Cazenave (Frankreich) geleitet.

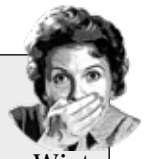
OECD und WTO: Der Sitz der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD und die Welthandelsorganisation WTO befinden sich in Paris. Das Centre for Tax Policy (Steuerpolitik) and Administration wird vom Franzosen Pascal Saint-Amans geleitet. Von 1984 bis 1996 hielt Frankreich das Amt des Generalsekretärs mit Jean-Claude Paye inne. Von 2005 bis 2013 präsidierte Pascal Lamy die WTO mit Sitz in Genf.

IEA und ESA: Die internationale Energieagentur IEA und die Europäische Weltraumorganisation ESA sind in Paris angesiedelt. Von 2003 bis 2007 stand der Franzose Claude Mandil der IEA vor. Energie und Satelliten sind für die Wirtschaft unerlässlich.

PIARC und UIC: Die Weltverbände des Überlandverkehrs PIARC sind in Frankreich angesiedelt. Der weltweite Eisenbahnverband UIC wird von Generaldirektor François Davenne geleitet. Auch die europäische Unterorganisation wird von einem Franzosen, Jean-Pierre Farandou, präsidiert. Die PIARC befasst sich mit allen Aspekten der Strassen-Netzwerke.

Fortsetzung auf Seite 5

LACHEN VERBOTEN!

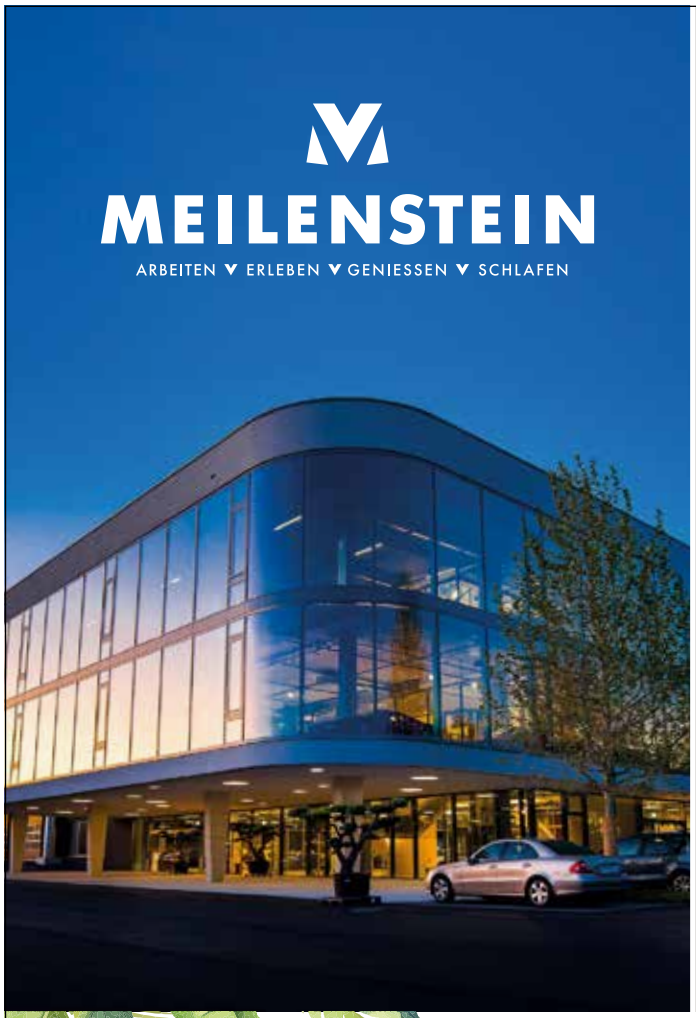


«In Anlehnung an die Aussage des deutschen Wirtschaftsministers Robert Habeck in der TV-Sendung 'Maischberger', wonach Firmen nicht insolvent gehen, sondern nur einfach nichts mehr verkaufen, wende ich darauf ein: Mein Auto ist nicht kaputt, es fährt einfach nicht mehr.»

(zugesandt von Andreas Ungricht, Basel)

Der Aufstand der Keiffwyber

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung

Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

KIDDY DOME
SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ

WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH – 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Unesco, IAU und WFEO: Der Hauptsitz der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization befindet sich in Paris, und seit 2017 hält Audrey Azoulay das Präsidium inne. Die International Association of Universities, eine Unterorganisation der Unesco, befindet sich ebenfalls in Paris. Der Weltverband aller Ingenieure (WFEO) ist ebenfalls in Paris.

Deutschland geht leer aus

Deutschland hingegen hat noch nie das Präsidium des EU-Rates, der EZB (nicht einmal das Vizepräsidium), des IWF (Ausnahme: Horst Köhler 2000-2004), noch nie das Amt des Generalsekretärs der OECD, und weder den Vorsitz der Welthandelsorganisation WTO noch der BIZ erobert. Dabei gilt Deutschland doch als führende Wirtschaftsmacht in Europa.

Frankreich setzt sich durch

Das Durchsetzungsvermögen Frankreichs verwundert nicht, denn Frankreich hat im eigenen Land die nötigen Ausbildungsstätten für die Machtübernahme aufgebaut, insbesondere eine weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt Universität für die Staatsverwaltung: Die 1945 von Charles de Gaulle ins Leben gerufene Ecole Nationale d'Administration (ENA) wurde auf den 1. Januar 2022 durch das Institut National du Service Public (INSP) ersetzt. 1997 wurde mit Hilfe des früheren Ausbildungschefs der französischen Militärspionage, Jean Pichot-Duclos, eine Universität für Wirtschaftskrieg (École de guerre économique) gegründet.

Zentralismus und Beamtenregentschaft

Dass ausgerechnet Frankreich Spitzenpositionen in den wichtigsten Organisationen der Welt mit Wirtschaftsbezug einnimmt, ist jedoch problematisch. Denn Frankreichs Spitzenbeamte neigen zum Zentralismus und zur Beamtenregentschaft. Eine kostspielige Bürokratie, immer mehr Regulierungen und Einschränkungen sind die Folge. Wo solche Beamtenregime enden, beweist Frankreich selbst, denn dort machen die Staatsausgaben inzwischen 57 Prozent des Bruttoinlandprodukts BIP, also der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung, aus.

Hans Kaufmann

Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Ueli Maurer

Jedes Wort, jeden Satz, die er ausspricht, verstehen seine Zuhörer – in einer Versammlung, in einer Gruppe oder als Einzelpersonen. Weil er, Ueli Maurer, immer verständlich, immer in der Sprache seiner Gegenüber spricht, sehen sich Bürgerinnen und Bürger anerkannt, geachtet als Souverän, dessen Überlegungen, dessen Sorgen, dessen Standpunkte vom in die Landesregierung Gewählten verstanden und ernstgenommen werden. Ueli Maurer verkörpert Demokratie wie kein anderes Bundesratsmitglied.

Ueli Maurer ist, als er Präsident der SVP war, in wohl fünfhundert Ortschaften, kleine und grosse, gereist. Er hat mit Landsleuten überall in der Schweiz über die politischen Fragen, die unser Land bewegen – oft auch bedrohen – ernsthaft diskutiert. Immer in der Sprache, die alle verstanden haben. Nie effekthascherisch. So hat er Schweizerinnen und Schweizer zur Gründung mehrerer hundert Ortssektionen veranlasst. Und damit wesentlich dazu beigetragen, dass der von allzu vielen Politikern, vor allem von viel zu vielen Medienleuten betriebene Ausverkauf schweizerischer Eigenheiten – Volkssouveränität, Eigenverantwortung, Neutralität – in vielen Belangen verhindert, manchmal auch bloss verzögert hat, damit immerhin Besinnungspausen erreichend.

Spalte rechts

Ein unermessliches Verdienst!

Ueli Maurer, der «das Volk» verstanden und geachtet hat, wird in der Landesregierung eine rasch fühlbare Lücke hinterlassen. Das mit modischen Fremdwörtern gespickte Ausverkaufs-Geschwurbel auslandsversessener Möchtegern-Staatsmänner (auch weiblichen Geschlechts) wird nicht mehr am Prellbock dessen anstossen, dem das Volk wie keinem anderen vertraut hat, weil er die Öffentlichkeit niemals mit von den Medien in alle Himmel gehobenen politischen Leerformeln hinters Licht geführt hat.

In schwierigen Zeiten oft im Kreuzfeuer hinterhältiger Ausverkaufsanhänger stehend, hat Ueli Maurer standgehalten. Unbeirrbar das Vaterland vertretend, das verkörpert, was die Schweizerische Eidgenossenschaft bis heute prägt.

Dafür ist ihm der Dank des Vaterlandes, der Dank der Bürgerinnen und Bürger der Eidgenossenschaft sicher.

Ulrich Schlüer

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Energiestrategie
Dass die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments in dieser Krisensituation dem Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative zustimmt, ist verantwortungslos. Die gesetzliche Verankerung des Netto-Null-Ziels bis 2050 bedeutet im Klartext den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern – was zu einem massiven Anstieg des Stromverbrauchs führen wird.

Es ist deshalb an Absurdität kaum zu überbieten: Die zuständige Bundesrätin Sommaruga ruft mit peinlichen Vorschlägen zum Stromsparen auf und gleichzeitig beschliesst die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments mit dem Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative ein veritables Stromfresser-Gesetz. Mit der gesetzlichen Verankerung des Netto-Null-Ziels der Gletscher-Initiative soll nun der Fehler der Energiestrategie 2050 bei den fossilen Energieträgern wiederholt werden. Das Resultat: Die Schweiz wird noch weniger Strom und ganz allgemein keine genügende bezahlbare Energieversorgung haben mit allen fatalen Konsequenzen für die Menschen und die Wirtschaft.

(SVP Schweiz, 20.09.2022)

Neues Deutschland
Der gute neue Mensch ist ein staatlich bejahter Opportunist und Trittbrettfahrer einer umgedeuteten Demokratie, die sich erdreistet, Haltungs-Direktiven vor Meinungsfreiheit und Individualrechte zu setzen. «Freiheit» und soziale Anerkennung werden immer mehr zu Ressourcen staatlicher Gunst und staatlich-medialer Weihe.

Die Ideologen des DDR-Unrechtsstaats betonten auch immer, dass der sozialistische Mensch frei sei. Im Verbund mit der finanziellen Allmacht des Staates entsteht heute das Bild eines neuen Deutschlands im 21. Jahrhundert, ein Bild von sittlicher «Gerechtigkeit», kollektiver «Wohlfahrt» und simulierter «Freiheit». Es klingt so spiessig und unangenehm wie anno dazumal – und ist es auch.

(Achgut-Newsletter, 09.09.2022)

Sprachpanscherin
Da schüttelten selbst ihre Jura-Kollegen den Kopf: Prof. Ulrike Lembke (Humboldt Universität Berlin) stellte im Dezember 2021 ein Gutachten vor, in dem sie die Anrede «Sehr geehrte Damen und Herren» als verfassungswidrig einstufte. In Auftrag gegeben hatte es die Stadt Hannover. «Das war ein lupenreines Gefälligkeitsgutachten, mit dem sich die Stadt Hannover selbst auf die Schulter klopfen konnte», sagt Prof. Walter Krämer, Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache (VDS).

Lembke rechtfertigte das Gendersternchen mithilfe von Scheinargumenten, sie behauptete sogar, Gerichte würden regelmässig gegen das Grundgesetz urteilen, wenn sie die sprachliche Gleichstellung der Geschlechter missachten. Das Grundgesetz gebiete die Gendersprache geradezu. «Aus dem Grundgesetz eine Verpflichtung zum Gendern herauszulesen, ist völlig absurd», so Krämer, «das Grundgesetz richtet sich explizit an alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht oder anderen Unterscheidungsmerkmalen.»

(Zukunft CH, 15.08.2022)

Wissensanmassung

Wie die EU Politik macht, zeigen die Regelungen im Automobilmarkt. Hier gilt ein Verbrennerverbot ab 2035, es soll auch für synthetische Kraftstoffe keine Ausnahme gelten. Es gibt also keine Technikoffenheit, keine Wahl durch den Konsumenten und keine Konkurrenz der Antriebssysteme. Alles wird – mit hoheitlichem Zwang – auf «eine Karte gesetzt», das E-Auto.

Mit Marktwirtschaft hat das nichts zu tun.
Im Gewand des Unionsrechts und seiner finalistischen und erzieherischen Grundintentionen ist mittlerweile eine umfassende Planwirtschaft durchgesetzt worden, die sich von der Planwirtschaft des Ostblocks wesentlich dadurch unterscheidet, dass das unternehmerische Risiko beim Bürger bleibt – die Obrigkeit setzt nur die Regeln und verbietet Innovation oder Alternativen. Von Friedrich von Hayek wissen wir, dass eine Planwirtschaft an ihrer «Wissensanmassung» organisatorisch scheitern muss. Wir befinden uns auf einem teuren Irrweg.

(Ulrich Vosgerau, in «Tichys Einblick» 10/22)

SENIOREN-CLUB

Wir helfen der Schweiz und sammeln Unterschriften für bürgerliche Anliegen.

Aktuell
- Neutralitäts-Initiative
- SRG: 200 Franken sind genug

Ihr Profit	1-99	gutes Gefühl, der Schweiz zu dienen
	100-499	Vergünstigungen und Give-aways
	500	Einladung zu Nachtessen (1000 = 2 Personen)
	5000	1Wochenende zu zweit in Sunstar-Hotel

Wir führen Rangliste aller Teilnehmer!
OCoTex AG - info@ocotex.ch - 041 799 50 00

Darf man «deutsche Spiesser» ermorden?

«Du Scheiss-Deutscher»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

2007 prügeln zwei junge Ausländer einen Rentner in der Münchner U-Bahn halbtot, weil er ein «deutsches Arschloch» sei. Bis heute geben die Medien dem «deutschen Spiesser» die Schuld.

Letzte Woche hörte ich einen Podcast der «Zeit» über die sogenannte «Prügelattacke» in München. In diesem Podcast versuchten die Journalisten, die furchtbare Tat der Ausländer zu relativieren, zu entschuldigen – wie viele andere Medien auch. Worum geht es?

Serkan: «Du deutsches Arschloch!»

Am Abend des 20. Dezember 2007 sind Serkan A. (damals 20) und Spyridon L. (17) in Prügelstimmung. Nach einem Angriff auf einen jungen Deutschen verziehen sie sich in die U-Bahn. Sie zünden sich im Abteil eine Zigarette an. Ex-Schuldirektor Bruno N. macht den Fehler, die beiden auf das Rauchverbot in der U-Bahn hinzuweisen.

Zur Antwort wird er bespuckt und beschimpft als «deutsches Arschloch, deutsches Schwein, Scheiss-Deutscher». Der ältere Herr steigt aus und will nach Hause gehen. Doch Spyridon und Serkan lauern ihm auf und greifen ihn aus dem Hinterhalt an. «Dann haben die meinen Kopf als Fussball verwendet», sagt Bruno N., als er aus dem Spital entlassen wird. «Ich wusste: Die schlagen mich tot.» N. erleidet mehrere Schädelfrakturen mit Einblutungen ins Gehirn und leidet seither unter Konzentrationsstörungen.

«Raucher schlagen Rentner»

Die Presse tut sich wie gewohnt schwer, die Tatsachen auszusprechen. «Raucher schlagen Rentner zusammen» titelt Spiegel Online, obwohl sofort klar ist, was für «Raucher» das sind.

Eine unfassbare Umdeutung des Verbrechens nimmt «Zeit»-Kulturchef Jens Jessen vor: Der bünzlige Rentner von München sei selbst schuld am U-Bahn-Überfall: «Ich glaube, die deutsche Gesellschaft hat nicht so ein Problem mit ausländischer Kriminalität, sondern mit einheimischer Intoleranz.» Verantwortlich für die Bluttat ist also der «deutsche Spiesser», der «überall sein fürchterliches Gesicht» zeigt. Es gebe viele besserwisserische Rentner, «die den Ausländern hier das Leben zur Hölle machen», so der einflussreiche Medienmann.

«Nation von Gestapo-Zuträgern»

Der allwissende «Stern» diskreditiert hämisch das dauernd behinderte Opfer: Aus dem geschätzten Ex-Schuldirektor wird im Blatt ein pedantischer Gernegross mit «weit abstehenden Ohren», der «nervös wackelt», «mit fast weinerlicher Stimme» Belanglosigkeiten von sich gibt und nicht gemerkt hat, dass «seine Autorität» nicht mehr zählt. Trauriger Tiefpunkt ist die linke «Taz». Auch sie macht das unschuldige Opfer zum Täter, denn dieses verkörpert offenbar «eine Nation von Hausmeisterinnen, Gestapo-Zuträgern und Pöblern, die hinter jeder Ecke ihrer Nachbarschaft jenen Gestank vermuten, den sie ja vornehmlich selbst verströmen.»

Die Medien tun so, als hätten der Türke und der Grieche keine andere Wahl gehabt, als mit dem Kopf des älteren Herrn Fussball zu spielen.

Lange Haftstrafen

Sehr zum Unmut der Medien erhalten Serkan A. und Spyridon L. dennoch lange Haftstrafen. Wo Serkan nach der Verbüssung steckt, ist nicht klar. Dem Tatbeteiligten Spyridon L. wird die Hälfte der Haft unter der Auflage erlassen, nicht nach Deutschland zurückzukehren. Nicht dass er sich nochmals gezwungen sieht, einen spiessigen «Scheiss-Deutschen» halbtot zu schlagen.

Hermann Lei

Churz&Bündig

In Deutschland findet eine neue Sportart täglich hunderte neuer Anhänger. Diese Sportart (oder Spott-Art) nennt sich «Habecken». Gehabeckt wird beispielsweise mit folgender Feststellung: «Wir haben keinen Strommangel – das Licht ruht sich nur aus». Oder: «Der Zug hat keine Verspätung – nur dauert die Fahrt ein bisschen länger».

Auf weitere Auswüchse des Habeckens sind wir echt gespannt.

*

Wenn die Gender-Sternchen-Fetischisten allseits verständliche Begriffe wie «Direktor» oder «Directrice» – weil nicht geschlechtsungebunden – unter Donner und Doria aus dem Wortschatz verbannen: Wie soll man denn jene künftig benennen, welche die Verantwortung für eine Firma innehaben? Vielleicht «Direktionsausübende»?

us

Leserbriefe

Volltreffer von Frau Villalon – Blamage für Frau Leuthard

Isabel Villalon hat unter dem Titel «Bankrott. Energiebankrott» in der Schweizerzeit Nr. 16/2022 einmal mehr einen hervorragenden Beitrag verfasst, der die Problematik unserer total verkorksten Energiepolitik deutlich macht. Ich gratuliere der Verfasserin und richte gleichzeitig eine schwere Rüge an die vielen unbedarften Energiepolitiker in unserem Land und an das Bundesamt für Energie. Frau Villalon kritisiert zurecht die Inkompetenz unserer Energieministerin Sommaruga sowie das Versagen unseres grössten Stromproduzenten Axpo AG.

Eingeleitet wurde das ganze Debakel jedoch von der damaligen Bundesrätin Doris Leuthard. In der NZZ vom 25.8.2022 hat sie in einem Gastkommentar zur aktuellen Energiesituation erneut ihr völliges Unvermögen offenbart, sich von Fehlüberlegungen zu trennen. Sie verkennt weiterhin die Notwendigkeit, zuverlässige AKW mit neuester Technologie zu erstellen. Ebenso verkennt sie – wie bereits 2017 vor der Abstimmung zum Energiegesetz – die Tatsache, dass neue erneuerbare Energien (Photovoltaik und Windkraft) nur eine untergeordnete Rolle spielen können, da sie unzuverlässig sind und Absicherungsmassnahmen durch dauernd verfügbare Stromquellen benötigen. Zudem enthalten Photovoltaik-Anlagen umweltschädigende Bestandteile, und sie sind in ihrer Leistung von der variierenden Sonneneinstrahlung abhängig.

Auch Windkraftanlagen – gemäss der sogenannten Energiestrategie 2050 wären landesweit mindestens 1'000 Einheiten erforderlich – würden in vielen für Windenergie wenig geeigneten Regionen wenig bringen und früher oder später kostspielige Entsorgungsprobleme verursachen. Dazu kommt eine erhebliche Naturverschandelung und Gefahr für Vögel und Fledermäuse. Alles offenbar kein Thema für Frau Leuthard.

Hanspeter Bornhauser, Bedano TI

«Wahrheit in Etappen»

Ich habe soeben die «Spalte rechts» von Dr. Ulrich Schlüer in der Schweizerzeit Nr. 16/2022 gelesen. Sie entspricht leider den Tatsachen und macht Angst. Brand eines E-Autos in einer Tiefgarage: Als Verwaltungsrat und Baukommissionspräsident eines Parkhauses in Zürich befasse ich mich intensiv mit dieser Problematik. Herr Schlüer hat Recht, wenn er schreibt, dass man Elektroautos nur in einem Container ausbrennen lassen kann. Deshalb haben wir diesen Sommer eine entsprechende Übung mit „Schutz und Rettung Zürich“ durchgeführt, um sicher zu gehen, dass wir das Auto an die frische Luft und damit in einen Container bringen können. Wie es dann in Wirklichkeit abläuft mit den giftigen Gasen, das bleibt offen, aber immerhin bin ich zuversichtlich, dass unser Parkhaus wegen eines Elektrobrandes keine grösseren Schäden erleiden wird, weil es evakuiert werden kann. Allerdings bleibt zu vermerken, dass das Entsorgen des Löschwassers äusserst problematisch und mit hohen Kosten verbunden ist und keinesfalls der Kläranlage zugeführt werden darf. Auch da gibt es Überlegungen. Ich will damit nur sagen, dass in Anbetracht der grossen Problematik nicht alle den Kopf in den Sand stecken.

Vilmar Krähenbühl, a. Kantonsrat, Hedingen ZH

Zum Thema "Mass-voll"

Gemäss dem Beitrag «Mass-voll» (Schweizerzeit Nr. 16/2022) steht mit der gescheiterten Energiestrategie 2050 u.a. die folgende Forderung im Raum: «Die Wohnungen dürfen nur noch auf maximal 19 Grad geheizt werden. Bei Zuwiderhandlungen drohen Bussen von bis zu 180 Tagessätzen». Welche Schergen sollen/werden dies wohl kontrollieren? Die Ortspolizei, die Securitas, die Pfarrer, Hilfspolizisten, oder etwa die Mitglieder der Grünen Partei, die netten Nachbarn, alles analog zur damaligen DDR? Also Neo-Faschismus, alle gegen alle?

Peter Bolliger, Münsingen BE

Aktuelle deutsche Wirtschaftspolitik

«Jeden Tag erreichen uns Notrufe von Betrieben, die kurz davor sind, ihre Produktion einzustellen, weil sie die enorm gestiegenen Energierechnungen nicht mehr bezahlen können», so Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Anstatt jedoch eine Änderung der desaströsen grün-dominierten Politik zu fordern, betteln die Verbände nun um finanzielle Hilfen durch den Staat. Die Ampelkoalition hat bereits Hilfe zugesagt: Sie will kurzfristige Änderungen im Insolvenzrecht vornehmen.

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Chapeau für Frau Biedermann

Es liegt mir daran, Frau Prof. Dr. Barbara Biedermann für ihren hochinteressanten Bericht unter «Vielfältige Schweizerzeit-Leserschaft» (Schweizerzeit Nr. 16/2022) ganz herzlich zu gratulieren. Ihr beruflicher

Des islamischen Predigers lukrativer Nebenerwerb

PICs Volltreffer

Die Protagonisten zur nachstehenden authentischen Berichterstattung, basierend auf einer TV-Dokumentation des ZDF:
Täter: Schiitische Imame, Prediger, geistliche Sittenwächter
Opfer: Junge Frauen, weibliche Teenager und Mädchen ab 9-12 Jahren
Thema: Auf 30 Minuten limitierte «M'Uta-Genussehe» der islamischen Schiiten

Worum geht es?
Sexwillige Männer lassen sich in «Kurzzeit-Ehe» verheiraten. Der «geistliche Heiratsvermittler» aus dem Dunstkreis obgenannter Tätergruppen kassiert «Heiratsgebühren» von bis zu 400 Dollar. Der männliche Dienstleistungsnutzer kaschiert gegenüber dem geistlichen Heiratsvermittler als «Kurzzeit-Eheinteressent» seinen Freier-Status nicht, denn die Scharia gestattet die 30-Minuten-Genuss-Ehe. Nur die Frau gilt dabei als «Sünderin».

Im Doku-Film erweitert der geistliche Prostitutionsvermittler seine Offerte vor laufender (versteckter) Kamera: «Zahlst du mehr, kriegst du eine Jüngere – runter bis auf neun Jahre. Entledige dich ihrer nach dem Kurzzeit-Eheakt in der Öffentlichkeit, dort schützen dich die Sittenwächter.»

Bei der Recherche wurden hiesige islamische Imame ebenso wie der ISZR («Islamischer Zentralrat Schweiz») schriftlich angefragt, wie es um die moralische Ethik einer Geistlichkeit stehe, die Frauen- und Kinderprostitution in Vermittlung betreibt. Hier die Antworten:

Abdel Azziz Quasim Illi vom «Islamischen Zentralrat Schweiz» ISZR
«Ob und in welchem Ausmass es innerhalb der schiitischen Minderheit in der Schweiz überhaupt zu Zeitehen kommt, lässt sich nicht nachvollziehen. Der ISZR führt keine entsprechenden Zeremonien durch. 2020 kam es in der Schweiz gemäss Human Rights.CH zu 361 Zwangsheiraten, davon 133 Eheschliessungen von Minderjährigen – eine erschreckend hohe Anzahl. (..) Eine Zeitehe an sich ist in der Schweiz zivilrechtlich nicht anerkannt und am ehesten mit einer Art Kurzbeziehung oder einem One-Night-Stand zu vergleichen. Unsere Aufgabe als Zentralrat beschränkt sich darauf, Zwangs- und Kinderehen aller Art zu bekämpfen.»

Imam Bekim Alimi, Moschee in Wil
«Im sunnitischen Islam, dem ich und 92% von Muslimen angehören, ist dieser Akt strikt verboten und wird als Prostitution bezeichnet. Das was Sie mit Recht ansprechen, das sind die Schiiten. Wie und wo sie in Europa leben, habe ich keine geringste Ahnung.»

Zusammenfassung: Geistliche einer islamischen Gruppierung vermitteln «Kurzzeit-Genussehen» gegen hohe Bezahlung, gebärden sich aber gegenüber der westlichen-restlichen Welt als die ultimative moralische Instanz. Geil!
Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*

Werdegang im Bereich der Medizin (Forschung, Unternehmerin sowie eigene Arztpraxis in Bäretswil) ist beeindruckend. Man spürt rasch, dass Frau Biedermann ihren anspruchsvollen Beruf mit Freude und Kompetenz ausübt, was sich sicher äusserst positiv auf ihre Patientinnen und Patienten auswirkt. Sehr beeindruckend sind auch ihre beispielhafte staatstragende Haltung und ihre Liebe zu unserer Heimat. Ich wünsche Frau Biedermann weiterhin viel Erfolg. Ich werde den Artikel meinem langjährigen Hausarzt vorlegen, zu dem ich ein kameradschaftliches Verhältnis pflege. Er wird sich zweifelsohne darüber freuen.
Kurt Streil-Marti, Diessenhofen TG

Widersprüche und Hau-Ruck-Übungen
Die Klimakrise rückt in den Hintergrund und macht der Energiekrise Platz. Unglaublich, wie offizielle Stellen uns mit Falschinformationen und/oder Nichtwissen in eine wenig angenehme Situation hineinmanövriert haben. Alt Nationalrat Ulrich Schlüer hat in seiner letzten «Spalte rechts» die erneut widersprüchlichen Aktivitäten beim Namen genannt. Dass bei der sich abzeichnenden Stromknappheit die Umstellung auf E-Mobilität gepuscht wird, widerspricht jeglicher Logik. Weiterer Widerspruch: Der Verzicht auf Grosstechnologien, bevor auch nur annähernd die Alternativenergien eine genügende Stromproduktion zu erzeugen vermögen. Es klafft noch immer eine grosse Lücke, die mit jetzt eingeleiteten Hau-Ruck-Übungen verringert werden soll. Die alpinen Solaranlagen stehen aber da und dort im Widerspruch zum Landschaftsschutz, und das eine halbe Milliarde kostende Notkraftwerk mit acht mobilen Gasturbinen von General Electrics Gnaden in Birr AG soll der Bevölkerung ohne Einhaltung von Grenzwerten aufgezwungen werden. Nennt man das eine vorsorgliche, planende Klima- und Energiepolitik?
Silvio Bircher, ehem. National- und Regierungsrat, Aarau

Wenn Zigarren ..

.. dann
Zigarrenaktionen.ch
wanadoo@gmx.ch • Tel. 076 201 18 05

Übersterblichkeit aufklären!

Seit Wochen sterben in der Schweiz weit mehr Personen, als vom Bundesamt für Statistik (BfS) prognostiziert wurden. Die extreme Abweichung von den Prognosen lässt sich nicht mit früheren Phasen erhöhter Übersterblichkeit (z.B. Hitzesommer 2003) vergleichen und wirft Fragen nach den Gründen auf.

Gemäss Publikationen des Bundesamtes für Statistik (BfS) sind in der Schweiz im Jahr 2022 bis Mitte September mehr als 3'000 Menschen mehr gestorben als prognostiziert. Jedem objektiven Beobachter sticht ins Auge, dass die auffällige Zunahme der Übersterblichkeit mit der gestiegenen Impfquote gegen Covid-19 korreliert. Erhärtet sind zudem viele Berichte über schwere Herzprobleme als Nebenwirkung der Impfung. Aufgrund dieser Fakten muss ein Zusammenhang mit Impfungen geprüft werden – auch vor dem Hintergrund, dass namhafte Fachleute vor möglichen Folgeschäden auch bei jenen Impfstoffen gewarnt haben, die in der Schweiz millionenfach verabreicht worden sind.

Das BfS und andere Stellen des Bundes können die rekordhohe Übersterblichkeit nicht schlüssig begründen und lassen die Bevölkerung im Dunkeln. Viele Leute sind verunsichert, weil mögliche negative Auswirkungen von Covid-19-Impfstoffen ohne eine seriöse Aufarbeitung nicht ultimativ ausgeschlossen werden können. Deshalb haben vor allem auch die Geimpften einen Anspruch auf eine umfassende Wahrheitssuche.

Um Licht ins Dunkel zu bringen, hat die EDU Schweiz eine Petition lanciert, welche den Bundesrat und die Bundesversammlung auffordert, eine unabhängige ausserparlamentarische Untersuchungskommission (APUK) einzusetzen. Diese soll sich aus unabhängigen Fachleuten zusammensetzen und die Gründe der extremen Übersterblichkeit aufarbeiten – unvoreingenommen, ergebnisoffen und allein der wissenschaftlichen Wahrheit verpflichtet. Parallel dazu hat EDU-Nationalrat Andy Gafner eine Motion eingereicht, welche dasselbe Ziel verfolgt.

Die Schweizerinnen und Schweizer haben ein Recht darauf, dass die in diesem Ausmass noch nie dagewesene Übersterblichkeit lückenlos aufgearbeitet wird. Bitte unterzeichnen Sie unsere Online-Petition (s. unten) und verbreiten Sie sie an möglichst viele Adressen.

Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Anfrage von Kantonsrat Hans-Peter Amrein

Notenabzug bei «nicht gendergerechter» Sprache

Kantonsrat Hans-Peter Amrein, parteilos, aus Küsnacht ZH, hat kürzlich eine Anfrage an den Regierungsrat gerichtet zum Thema «Notenabzug bei nicht ‚gendergerechter Sprache' an Zürcher Schulen».

Begründung

Die Zürcher Fachhochschulen PHZ (Pädagogische Hochschule Zürich), HWZ (Hochschule für Wirtschaft Zürich), ZHDK (Zürcher Hochschule der Künste) und ZHAW (Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften) verfügen über einen «Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache».

Nun hat die ZHAW ihren internen «Sprachleitfaden» gendergerecht überarbeitet und macht Empfehlungen für eine «diskriminierungsfreie» Sprache. Mit einem Geleitwort des Rektors versehen, scheint der Duden überarbeitet worden zu sein.

Und nicht nur das: Gemäss dem Mediensprecher der ZHAW (Tages-Anzeiger vom 21.9.22) haben die Dozierenden die Freiheit, «die gendergerechte Sprache als Bewertungskriterium festzulegen». Dies müsse jedoch vorher angekündigt werden. Ebenfalls liege es im Ermessen der Dozierenden, ob und wie stark die gendergerechte Sprache in die Noten einfliesse.

Fragen an die Regierung

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Darf eine staatliche Bildungsinstitution in unserem Land und/oder im Kanton Zürich Notenabzüge für «nicht gendergerechte» Sprache machen, respektive ihre Benotung einer vordefinierten, «gendergerechten» Sprache unterwerfen? Wenn ja, basierend auf welchen Gesetzesgrundlagen, Verordnungen und Verfügungen?

Ich bitte um tabellarische Auflistung der Rechtsgrundlagen, respektive der entsprechenden nationalen und kantonalen Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und der betreffenden Paragraphen.

2. Sollte Frage 1 wider Erwarten durch den Regierungsrat bejaht werden, so bitte ich um Erläuterung: Wie darf eine entsprechende «gendergerechte» Bewertungsskala maximal aussehen?

3. Kann eine fachlich einwandfreie und sogar hervorragende Forschungs- oder Facharbeit aufgrund «nicht gendergerechter Sprache» (d.h. vom «Leitfaden gender- oder geschlechtergerechte Sprache» einer staatlichen Zürcher Schule abweichend und sich etwa an den Duden anlehnend) als ungenügend bewertet werden? Und kann eine genügende Facharbeit aufgrund einer «nicht- oder ungenügend gendergerechten» Bewertung als gesamthaft ungenügend bewertet werden?

4. Kann aufgrund einer als «nicht- oder ungenügend gendergerecht» bewerteten Arbeit an einer staatlichen Bildungsinstitution im Kanton Zürich ein Notendurchschnitt nicht erreicht und demzufolge eine Promotion verfehlt werden?

Wenn ja, befürwortet der Regierungsrat sowjetische Zustände in unserem Kanton und an unseren Schulen? Und wenn ja: Wann will der Regierungsrat eine Gesinnungspolizei an unseren Schulen oder im ganzen Kanton Zürich einführen?

5. Ist es möglich, dass aufgrund einer solchen Bewertung einem Studenten mit herausragender wissenschaftlichen Qualifizierung kein Stipendium ausgesprochen oder generell Studenten ein Diplom nicht verliehen respektive «verweigert» wird?

Hans-Peter Amrein

PS der Redaktion: Auf die Antwort des Regierungsrates sind wir sehr gespannt.

Ideologische Verirrung an der Spitze von Jugendorganisationen

Trans-Workshop im Pfadilager

von Dr. Philipp Gut, Inhaber der Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH

Im Pfadi-Bundeslager im Wallis mit 30'000 Mädchen und Jungen gab es Workshops zur sexuellen Orientierung. Es ging unter anderem um einen Flamingo, «der nicht weiss, welches Geschlecht er hat». Das ist kein Einzelfall: Die LGBTQ-Lobby macht sich flächendeckend in den Jugendorganisationen breit und ihre Aktivitäten werden von diesen gefördert.

Die Aktivitäten der LGBTQ-Aktivisten im Bundeslager der Pfadfinder im Goms haben die Zeitungen von Tamedia beiläufig in einem Erfahrungsbericht publik gemacht. Die Leiterin einer Mädchenpfadi aus Baden berichtete, dass die Kinder an einem «Workshop mit der Organisation Milchjugend» teilgenommen hätten. Dabei sei es «um sexuelle Orientierung, um LGBTQ-Themen» sowie einen Flamingo gegangen, «der nicht weiss, welches Geschlecht er hat und wie er damit umgehen muss.» Dabei wüssten die Kinder «schon recht viel»: «Sie wissen, dass eine Heirat nicht nur zwischen Mann und Frau stattfindet, dass es ein breites Spektrum an sexuellen Orientierungen gibt.» Nun hätten sie sich durch den Workshop «mit verschiedenen Geschlechtsidentitäten auseinandergesetzt».

Die Milchjugend, die den Workshop im «Bula» abgehalten hat, macht sich nach eigenen Angaben für «falschsexuelle Welten» stark und ist die Jugendorganisation «für lesbische, schwule, bi-, trans-, inter- und asexuelle Jugendliche und für alle dazwischen und ausserhalb». Ihre Teilnahme am Bundeslager ist kein Zufall. Die Milchjugend arbeitet regelmässig mit verschiedenen Jugendorganisationen zusammen. Gemeinsam mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), dem Dachverband von mehr als sechzig Jugendorganisationen, und der Plattform «Du bist du», war sie am mehrjährigen Projekt «BreakFree!» beteiligt, welches «die Inklusion von LGBTQ-Jugendlichen in Schweizer Jugendverbänden fördert». «Du bist du» wiederum wurde vom Verein Sexuelle Gesundheit Zürich geschaffen, der sich für Menschen einsetzt, «die mit HIV oder Aids» leben.

Heterosexuell als Abweichung vom Schwul-Sein

Aus dem Projekt «BreakFree!» sind unter anderem ein «Glossar» für Kinder und Jugendliche sowie ein «Leitfaden für Leitungspersonen» hervorgegangen. Das Glossar wurde von der Milchjugend verfasst und der Leitfaden von «Du bist du». Die grössten Schweizer Jugendorganisationen waren von Anfang an in einer «Begleitgruppe» vertreten: Neben der Pfadibewegung Schweiz auch die Cevi Schweiz sowie Jungwacht Blauring. Bei der Lektüre der Schriften wird rasch die ideologische Stossrichtung deutlich. So heisst es im Glossar: «Was für ein Geschlecht du hast, entscheidet nur deine Geschlechtsidentität.» Das biologische Geschlecht spielt dabei keine Rolle.

Ein weiteres Beispiel für die mehr oder minder subtile Beeinflussung ist die Definition von «heterosexuell». Das seien «Menschen, die nicht auf das eigene Geschlecht stehen», heisst es im Glossar. Damit wird das Normale ex negativo als Abweichung vom Homosexuell-Sein erklärt. Dass die Milchjugend ihre Sicht der Dinge propagiert, mag man als ihr gutes Recht ansehen. Problematisch ist hingegen, dass die Jugendverbände dies ungefiltert mittragen, ja sogar aktiv fördern.

«Pronomenrunde» und Genderstern

Doch nicht nur die Kinder und Jugendlichen werden auf diese Weise in den Jugendverbänden bearbeitet, auch die Leiterinnen und Leiter werden auf Kurs gebracht. Der erwähnte Leitfaden fordert sie beispielsweise auf, die Kinder und Jugendlichen «mit den von ihr gewünschten Namen, Pronomen und Artikeln anzusprechen». Beim Vorstellen wird empfohlen, eine «Pronomenrunde» zu machen. In einzelnen Pfadis – etwa in der Region Basel – werde dies bereits praktiziert. Weiter heisst es: Ob und wie weit «ein trans Mensch seinen Körper dem richtigen Geschlecht angleicht», sei jedem «selbst überlassen». Dies wohlgemerkt in einem Kontext, bei dem es um Minderjährige geht. Die Rechte und Pflichten von Eltern werden nicht erwähnt.

Verhüllungsverbot: Bundesrätin Keller-Sutter lässt Umsetzungsfrist verstreichen

Am 7. März 2021 haben Volk und Stände die Eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» angenommen. Gemäss Initiativtext ist die Ausführungsgesetzgebung innert zwei Jahren zu erarbeiten – bis am 7. März 2023 muss die Initiative, die ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum vorschreibt, auf Gesetzesebene umgesetzt sein. Nun ist klar: Bundesrat und Verwaltung werden diese Frist nicht einhalten und verstossen somit gegen den Verfassungsauftrag. Der Bundesrat hat sich diese Misere selber zuzuschreiben. Zu lange hat das Justizdepartement von Bundesrätin Keller-Sutter die Umsetzung verzögert. Nun muss der Bundesrat endlich vorwärts machen und dem Volkswillen Rechnung tragen. *Egerkinger Komitee*

Wie bei jeder Propaganda spielt die Sprache auch hier eine zentrale Rolle: Die Leiter der Jugendorganisationen werden aufgefordert, «in der schriftlichen Sprache den Genderstern* zu verwenden». In der gesprochenen Sprache könne er mit einen «kleinen Pause» dargestellt werden.

Keine getrennten Toiletten und Duschen mehr?

Neben diesem Überbau wollen die Jugendverbände auch den Unterbau – sprich: die «Infrastruktur» – verändern. Diese sei «oft geprägt von einer binären Sichtweise auf Geschlecht». So seien «Toiletten meist nur für Mädchen oder Jungen, ebenso Umkleidekabinen oder Duschen». Dies schliesse alle Menschen aus, «die sich nicht als klar männlich oder weiblich definieren».

Entweder wollen die Jugendverbände also, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam duschen und sich umkleiden – oder sie verlangen, dass für die verschwindend kleine Minderheit, die sich weder als männlich oder weiblich sieht, eigene Duschen, Toiletten und Umkleidekabinen gebaut werden müssen.

Ideologische Verwirrung

Das Beispiel illustriert, wie weit die ideologische Verirrung an der Spitze der Schweizer Jugendorganisationen gediehen ist. Halten wir das Selbstverständliche fest: Bei den Kindern und Jugendlichen herrscht in aller Regel ein grosses Verständnis für jene, die von der Norm abweichen. Das müssen selbst die LGBTQ-Aktivisten in der Schlussevaluation des Projekts «BreakFree!» zugeben: «Die Inklusion von queeren Jugendlichen funktioniert in vielen Schweizer Jugendorganisationen schon heute sehr gut», heisst es dort. Das zeigt: Das Schreckgespenst einer angeblichen Diskriminierung ist überzeichnet und propagandistisch aufgeblasen. Die Eltern haben zu dieser ganzen Propaganda gegenüber ihren Kindern übrigens nichts zu sagen: «Ein Pfadiwert ist es, offen gegenüber allen Menschen zu sein. Für einen Workshop, der diesen Pfadiwert repräsentiert, braucht es keine Einwilligung der Eltern», teilt die Medienstelle Bundeslager auf Anfrage mit.

Philipp Gut

Churz&Bündig

Ist Ihnen bekannt, dass die Mitglieder der für unsere Massenmedien verantwortlichen SRG-Führungsspitze als einzige Begünstigte in bundesnahen Betrieben sich selbst nicht bloss ein SBB-Generalabonnement erster Klasse, zusätzlich (unter anderem) auch noch ein Geschäftsauto für private Zwecke unter den Nagel zu reissen vermochten? Offenbar genau dafür hat der Bund allen Haushalten und allen Firmen in der Schweiz an der Verfassung vorbei eine gesalzene Mediensteuer aufgebrummt: Fr. 365.–/Jahr für jeden Haushalt, für Firmen ein Vielfaches davon.

*

Wie um alles in der Welt soll sich in der Schweiz der Stromverbrauch verringern, wenn die, die dafür Frieren in der Wohnung und beim Duschen anordnet, in einem einzigen Jahr 240'000 neue Stromkonsumenten ungehemmt in die Schweiz einströmen lässt – notabene trotz angenommener Initiative gegen die Masseneinwanderung?

us

Die Jugend braucht Vorbilder

«Wir Deutschen stehen vor jeder Autorität stramm. Auch vor dem Grössenwahn, auch vor der Brutalität, auch vor der Dummheit – es genügt, dass sie sich Autorität anmassen. Unser Gehorsam wird blind. Unser Gewissen wird taub. Und unser Mund ruft: «Zu Befehl!» Noch im Abgrund reissen wir die Hacken zusammen und schmettern: «Befehl ausgeführt!» Wir haben gehorcht und sind es nicht gewesen. Courage bleibt ein Fremdwort.

Die Frauen und Männer des deutschen Widerstandes haben versucht, wieder einmal versucht, dieses Wort einzudeutschen. Sie setzten Ehre und Leben aufs Spiel, und sie verloren beides. Ihr Leben konnte man ihnen durch kein Wiedergutmachungsverfahren rückvergüten. Hat man ihnen wenigstens ihre Ehre wiedergegeben? Nicht ihre Offiziersehre, nicht ihre Pastorenehre, nicht ihre Gewerkschaftsehre, nein – ihre mit Gewissensqualen und dem Tod besiegelte, mit Folter und Schande besudelte, am Fleischerhaken aufgehängte menschliche Ehre und wahre Würde? Ich denke dabei nicht an die Umbenennung von Strassennamen, die Niederlegung von Behördenkränzen und dergleichen. Sondern ich frage: Hat man versucht, diese Männer und Frauen in unserer vorbildarmen Zeit zu dem zu machen, was sie sind? Zu Vorbildern?

Wer an die Zukunft glaubt, glaubt an die Jugend. Wer an die Jugend glaubt, glaubt an die Erziehung. Wer an die Erziehung glaubt, glaubt an den Sinn und Wert der Vorbilder. Denn die Jugend braucht auf ihrem Weg in die Zukunft keine noch so gut gemeinten vaterländischen, europäischen oder weltbürgerlichen Redensarten, keinen Katalog, keinen Baedeker, sondern weithin sichtbare Wegweiser. Sie will und braucht: Vorbilder.»

Erich Kästner, Auszüge aus einer Rede am 13. Mai 1954 in den Münchner Kammerspielen zur Erinnerung an Stauffenbergs Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944

Baldiger Kultur-Skandal in Zürich?

«Ja oder Nein – eine Partei (die SVP – die Red.) im Kreuzverhör». So heisst ein mit Steuergeldern finanziertes Theaterstück in der Stadt Zürich. Es hatte am 30. September 2022 Premiere. Alle 125 Mitglieder des Gemeinderates bekamen von den Verantwortlichen eine Einladung: «Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats (…) Wir waren bei der Arbeit an diesem Stück darauf bedacht, keine Personen anzugreifen oder blosszustellen. Es geht uns darum, die völkerrechtlich problematischen Äusserungen der SVP aus den letzten zwanzig Jahren ernst zu nehmen. Sehr gerne diskutieren wir mit Ihnen im Anschluss an das Stück. Über einen Austausch gerade auch mit Vertreter:innen der SVP würden wir uns besonders freuen.»

Auf der Internetseite des Theaters steht: «Wir müssen Vergleiche zum Nationalsozialismus anstellen, gerade weil und solange die Vergleiche falsch sind. Würden wir solche Vergleiche erst anstellen, wenn sie stimmen, wär's längst um uns geschehen (Lukas Holliger)». Lukas Holliger ist gemäss Wikipedia seit 2006 Redaktor der Abteilung Hörspiel & Satire beim Schweizer Radio und Fernsehen SRF. Der fiktive SVP-Politiker, der im Stück lächerlich gemacht und in die Nähe des Nationalsozialismus gestellt wird, heisst Hans-Ueli Schaub. Ist damit der Chefredaktor der Schweizerzeit, alt Nationalrat Hans-Ueli (Ulrich Schlüer), gemeint?

Die Theater-Verantwortlichen setzen im Stück mehrfach und auf krasse Weise den heutigen politischen Zustand der Schweiz und die Politik der SVP mit dem Holocaust und den Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten gleich. Ich halte dies für eine unerträgliche Verharmlosung und Relativierung der Judenvernichtung durch die deutschen Nationalsozialisten. Selbstredend, dass ich als SVP-Gemeinderat der Einladung zur Premiere gefolgt bin. Was sich dort abspielte, sprengt jeden vorstellbaren Rahmen. So lautet im Stück ein Dialog der deutschen Schauspielerin mit dem fiktiven SVP-Politiker: «Sind Sie für eine massenhafte Tötung sämtlicher sich in der Schweiz aufhaltenden unpatriotischen Elemente?» Nach dessen «Nein» meint sie: «Sind Sie zu feige für den Algorithmus (Handlungsvorschrift, Anmerkung) Ihrer eigenen Partei?»

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

LÜCKEN

Eingeseifte Treppe

Der bisher neutrale, rohstoffarme Kleinstaat Schweiz boykottiert die nukleare Supermacht Russland mit Vetostatus im Sicherheitsrat und mit den grössten Energie- und Rohstoffreserven, auf die wir dringend angewiesen sind. Unsere Staats- und Leitmedien feiern die Preisexplosion bei Gas, Heizöl, Diesel und Benzin als «Solidarität mit den Ukrainern und Beitrag fürs Klima». Russland lädt die Schweiz wegen ihres Boykotts als Vermittlerin und für Gute Dienste aus, weil unser Land nicht mehr als neutral empfunden wird.

Für diese selbstschädigende Handlung erhalten wir gar nichts. Nach wie vor werden unsere Banken von den Amerikanern erpresst und aufgrund aufgeblasener Tatbestände gebüsst. Auch von Seiten der EU werden wir schlecht behandelt. Natürlich bestünde ein Risiko, dass unsere Banken und andere Unternehmen auf amerikanische Sanktionslisten kämen, wenn sie mit Russland geschäften würden. Aus Eigeninteresse könnten sie darauf verzichten – aber doch nicht auf staatlichen Befehl!

Alt Bundesrätin Calmy-Rey meinte kürzlich in einem NZZ-Talk, die Schweizer Neutralität basiere auf Multilateralität und Völkerrecht. Deshalb müsse jedes Land sanktioniert werden, das Menschenrechte und Völkerrecht verletze. Auch die USA, die wiederholt Menschenrechte und Völkerrecht verletzt haben? Natürlich nicht. So masochistisch ist die Schweiz dann doch nicht.

Die einseitige Parteinahme für die «Atlantiker» hat uns neutralitätspolitisch auf eine eingeseifte Treppe heuchlerischer Verlogenheit geführt und bedeutet nichts weniger als einen Abschied vom Freihandel, von internationaler Arbeitsteilung und globaler Ausrichtung zugunsten atlantischer Einbindung. Wann folgt der Nato-Beitritt, den die FDP schon lange in der Pipeline hat? Natürlich sind uns die Atlantiker näher als alle Diktatoren. Müssen wir uns deshalb in ihre Kriege hineinziehen lassen?

War das Ganze also nur eine masochistische Dummheit? Nicht ganz. Für unsere Politiker und Funktionäre stehen Pöstchen in internationalen Organisationen für Zweitkarrieren in Aussicht, die sie nicht ohne Unterstützung durch die Atlantiker erhalten. Aber ist das Staatsraison?

Markus Eckstein, Goldach SG

Mein Standpunkt zum Ukrainekrieg

Putins barbarischer Angriffskrieg und die Vielzahl von dokumentierten russischen Kriegsverbrechen haben viele einstige Putin-Versteher verstummen lassen. Ihre Erklärungs- und Rechtfertigungsversuche – der Westen habe gegenüber Russland «schwerwiegende Fehler» begangen, man habe Russland «Garantien abgegeben», dass sich die Nato nicht nach Osten erweitere, oder Russland brauche die Ukraine als «strategisches Vorland für seine Sicherheit» – sind weder stichhaltig noch eine Rechtfertigung für diesen Angriffskrieg.

Der Terror gegen die ukrainische Bevölkerung, die Ermordung von Zivilisten und die gezielte Zerstörung von Dörfern, Städten, Spitälern, Schulen, Kindergärten und neuerdings von Industrieanlagen und Infrastrukturen der Energie-, Strom- und Wasserversorgung lassen sich unter keinem Titel rechtfertigen.

Putins Angriffskrieg ist und bleibt gemäss internationalem Völkerrecht und den Nürnberger Prozessen ein Kriegsverbrechen, für das er in Den Haag angeklagt werden muss. Dass er nun mit dem Einsatz von Atomwaffen droht und Hundertausende von Reservisten aufbietet, zeigt, dass ihm kein Preis zu hoch ist, um die Ukraine zu zerstören und seinen Traum vom russischen Grossreich zu verwirklichen. Auch die Pseudoreferenden in den besetzten Gebieten passen perfekt in sein Lügenkonstrukt vom «Kampf gegen die ukrainischen Nazis».

Wer wäre nach einer Kapitulation der Ukraine das nächste Opfer? Die Geschichte beweist, dass man Machtbesessenen keine Zugeständnisse machen darf in der naiven Hoffnung, sie würden dann «Ruhe geben». Das Gegenteil ist der Fall. Darum muss der Westen der Ukraine endlich die nötigen schweren Waffen, insbesondere Kampfpanzer, liefern. Denn ein tragfähiger Frieden wird nur möglich sein, wenn sich die Ukraine in diesem Krieg militärisch behaupten kann.

Die offizielle Schweiz hingegen muss sich auf ihr einzigartiges Sicherheits- und Friedensinstrument der immerwährenden, bewaffneten Neutralität zurückbesinnen. Nur so kann sie ihre humanitäre und friedenspolitische Aufgabe wieder erfüllen.

Hans Fehr, Eglisau

«Es sagte» … Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

Diese Aussage stammt von:

- **A** Erich Kästner (1899 - 1974), deutscher Schriftsteller
- **B** Ein Dichter aus Neapel namens Volksmund
- **C** Joachim Ringelnatz (1883 - 1934), deutscher Satiriker
- **D** Peach Weber, Schweizer Kabarettist

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 12. Oktober 2022,** an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch
Vergessen Sie Ihren Absender nicht.

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer Schweizerzeit-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem Schweizerzeit-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der Schweizerzeit Nr. 19 vom 28. Oktober 2022.

Jetzt bestellen Alle Preise inkl. Versand.

_____ Expl. **Pin «Berner Fahne»** für Fr. 5.– pro Stück
_____ Expl. **Pin «Gold-Bär»** für Fr. 10.– pro Stück
oder
_____ Expl. **Kombi (beide Pins)** zum Aktionspreis von nur Fr. 12.–

Vorname, Name
Strasse, Nr.
PLZ, Ort
Tel./E-Mail

Talon senden an: Thomas Fuchs, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern oder via Tel./SMS 079 302 10 09 oder via E-Mail tf@thomas-fuchs.ch

Hilferuf

Wo bleibt die Polizei?

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Bei der Kantonspolizei Basel-Stadt häufen sich die Kündigungen und Abgänge, was zur Folge hat, dass aktuell der Basler Polizei 90 (!) Vollzeitstellen fehlen.

Bei einem Mannschaftsbestand von 912 Mitarbeitenden, wobei davon lediglich 625 Stellen berechnet werden dürfen (weil diese Zahl jene erfasst, welche berechtigt sind, polizeilichen Zwang anzuwenden*), entspricht dieses Manko rund 14,5 Prozent. Ein sicherheitsrelevantes Drama erster Güte. Jetzt wird natürlich spekuliert, weshalb es überhaupt zu dieser Lage kommen konnte. Wenn man den Blick über die Basler Kantonsgrenze hinaus wirft, muss festgestellt werden, dass auch andere Polizeikorps mit dieser Problematik zu kämpfen haben. Dies ist also keine baselstädtische Exklusivität. Gerade Städte wie Zürich und Bern sind ebenfalls mit einer starken Fluktuation in ihren Polizeikorps konfrontiert.

Sieben Tage pro Woche

Wer in Städten und in der Agglomeration seinen Polizeidienst ausübt, dem oder der muss bewusst sein, dass Einsätze bei Demonstrationen, gewalttätigen Sportveranstaltungen und aufgrund der 24-Stunden-Spassgesellschaft während sieben Tagen pro Woche zur Tagesordnung gehören. Aber dass man sich während 24 Stunden an jedem Tag von seiner Klientel anpöbeln lassen muss, ist ein eher neueres Phänomen. Von vielen Leuten werden Polizisten als Spielverderber und Spassbremsen wahrgenommen, und ein Teil der Bevölkerung im Ausgeh- oder Demonstrationsmodus hat ein grundsätzliches Problem mit Autoritäten.

Viele Leute sind es nicht gewohnt oder haben es beim Schnellzug durch die Kinderstube nicht mitbekommen, dass jemand die Spielregeln diktiert und ihre Einhaltung kontrolliert. Und leider belassen es viele nicht nur bei verbalen Entgleisungen. Dies schlägt sich dann in der Polizeilichen Kriminalstatistik nieder, wo die Zahlen wegen Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte Jahr für Jahr kontinuierlich ansteigen und im vergangenen 2021 einen Spitzenwert von 3'557 erreicht haben. Die Zahlen dürften in Tat und Wahrheit erheblich höher liegen, weil – ebenfalls gemäss Kriminalstatistik – eine Aufklärungsquote von nahezu 97 Prozent ausgewiesen wird. Dies ist damit zu erklären, dass Polizeiangehörige zum grössten Teil nur jene Fälle zur Anzeige bringen, welche einer bekannten Täterschaft zuzuordnen sind und all die anderen Straftaten mit unbekannter Täterschaft erst gar nicht rapportieren.

Zwei Hauptgründe für die Quittierung des Polizeidienstes

Dies ist der eine Grund, weshalb viele Polizisten und Polizistinnen ihren Dienst quittieren und versucht sind, ihre Arbeit in einem etwas weniger von Aggressionen aufgeladenen Umfeld auszuüben. Viele entscheiden sich für etwas ganz anderes oder fassen die Rückkehr zum angestammten Beruf ins Auge, zumal vor Eintritt in die Polizeischule eine abgeschlossene Berufslehre oder eine gleichwertige Ausbildung Voraussetzung zur Aufnahme sind. Ein solcher Mitarbeiter mit der anspruchsvollen Weiterbildung zum Polizisten, gepaart mit einigen Jahren harter Schule im polizeilichen Alltag, ist auf dem Arbeitsmarkt ein gesuchter Kandidat.

Der zweite Grund für die vielen Abgänge dürfte bei den links-grün dominierten Städten liegen, wo die Polizei von einem grossen Teil der Parlamentsmitglieder als Feind betrachtet und durch deren parlamentarische Arbeit permanent schikaniert wird. Sei dies mit dem Streichen von Budgetpositionen bei Anschaffungen aller Art, sei dies bei Mittelvorgaben im Rahmen von Einsätzen, bei der Entlöhnung oder beim Personalbestand.

Dies wird sich jedoch rächen, insbesondere jetzt, wo die Konferenz der Polizeidirektoren vor der Gefahr von Plünderungen und einem Anstieg der Kriminalität bei Mangellagen warnt. Der Bürger täte also gut daran, mit seiner Polizei pfleglich umzugehen.

* Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten; Polizeibestände 2022

Markus Melzl

SOS KMU

«Technologieverbote und ideologisch motivierte Subventionsprogramme führen direkt in den Blackout.»

Helfen Sie uns mit, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Schweiz zu kämpfen!

Postkonto 15-654144-0 // IBAN CH12 0900 0000 1565 4144 0

SOS-KMU, Postfach 54, 8416 Flaach

www.sos-kmu.ch // info@sos-kmu.ch

Akzent

Herrschsucht

Italien hat gewählt. Obwohl die EU, obwohl alle EU-devoten Medien aus allen Ländern wortreich vor der «Rechtsextremistin» gewarnt hatten: Die Italiener liessen sich nicht beirren. Sie verhalfen der jungen Giorgia Meloni zu einem überwältigenden Wahlsieg.

Tiraden aus Brüssel

Giorgia Meloni hat im Wahlkampf tatsächlich betont, sie werde sich für die Souveränität Italiens, für die in Italien geltenden demokratischen Regeln konsequent einsetzen – notfalls auch gegen Herrschaftsallüren Brüssels. Ein Standpunkt, welcher die EU-Chefin Ursula von der Leyen alle Fassung verlieren liess. Die EU werde, liess sie Italien nach dem Wahlsieg Melonis apodiktisch ausrichten, alle mobilisierbaren Mittel einsetzen, die Italiener zur Raison, zu vorbehaltlosem Einschwenken auf Brüssel-Kurs zu zwingen. Italien solle sich auf Einiges gefasst machen.

Und wahre Schimpftiraden begleiteten diese Kampfansage – nur weil die italienischen Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen gegenüber einer Kandidatin ausgesprochen haben, die Brüssel schon Wochen zum Voraus zur Unperson diskreditiert hatte.

Unterschiedliche Reaktionen

Von der Leyens masslose Reaktion liess immerhin einigen Staatspräsidenten und Regierungschefs von EU-Ländern die Krägen platzen. Aus Polen musste sie vernehmen, dass man eine Persönlichkeit, welche die Demokratie nicht respektiere, für das Präsidium der EU-Kommission als denkbar ungeeignet einschätze. Zweifellos unmissverständliche Worte, die auch in Ungarn in ähnlichem Sinn ein positives Echo auslösten. Wer Totalitarismus erlebt hat, ist gegenüber totalitären Allüren hellhörig.

Aus den Staaten Westeuropas war allerdings keinerlei Aberwillen gegenüber von der Leyens Entgleisung zu vernehmen, nachdem aus allen EU-Ländern – vor allem aus Deutschland und Frankreich – vor der Wahl bloss Abschätziges und Abwertendes zu Meloni zu vernehmen war. Die alle demokratischen Grundsätze verachtenden Tiraden von der Leyens nehmen die EU-Westler scheinbar unberührt hin.

Von der Leyen: Von niemandem gewählt

Seit Jahren geäusserte Warnungen, Brüssels Funktionäre entwickelten zunehmend demokratiewidrige Haltungen, scheinen die West-EU-Länder nicht mehr sonderlich zu beunruhigen. Schliesslich hat man auch ergebenst hingenommen, dass Frau von der Leyen nicht durch demokratische Wahl ins höchste EU-Amt gehievt worden ist. Die Herrschsüchtige wurde – nachdem sie seinerzeit in Deutschland als Verteidigungsministerin jämmerlich versagt, die Bundeswehr förmlicher Zersetzung ausgesetzt hatte – seinerzeit nicht einmal als Kandidatin für das höchste Amt nominiert, das Brüssel zu vergeben hat.

Die vor Jahresfrist zurückgetretene Bundeskanzlerin Angela Merkel und der noch amtierende französische Präsident Emmanuel Macron haben sie eingesetzt – über alle Organe der EU hinweg. Der EU-Apparat, die Schwäche der neuen Chefin richtig einschätzend, hat dem französisch-deutschen Manöver zur Besetzung des EU-Chefpostens aus durchsichtigen Gründen applaudiert: Je unfähiger die herrschsüchtige Präsidentin, desto effizienter kann der Funktionärsapparat zu Brüssel seinen Machtbereich ausbauen – insbesondere auf Kosten der Demokratie!

Bestbezahlt – kaum überwacht

Man darf nie vergessen: Die EU-Bürokraten sind einerseits die weltweit bestbezahlten Funktionäre – obwohl die EU insgesamt in ihren Schulden regelrecht absäuft. Gleichzeitig sind EU-Funktionäre die am wenigsten beaufsichtigten Bürokraten. Sie schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Das EU-Parlament kann zwar Vorschläge äussern, Kontrollkompetenz über die Funktionärsebene besitzt es indessen nicht. Die uneingeschränkte Exekutiv-Gewalt liegt damit bei Brüssels Bürokratie.

Aber noch immer gibt es im Schweizer Bundesrat und im Eidgenössischen Parlament Mehrheiten, die auch die Schweiz der erneut entlarvten Herrschsucht von Brüssels Funktionärskaste unterwerfen möchten.

us

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!

Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter **www.fee-consult.ch**.

FEE
Wir stärken Stärken.

FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
info@fee-consult.ch

Erschreckende kriminelle Energie

Stopp der zunehmenden Jugendgewalt

Nina Fehr Düsel, Kantonsrätin, Küsnacht ZH

Im Rahmen einer kürzlich erschienenen Studie der Universität Zürich wurden Jugendliche zu Gewalterfahrungen befragt. Die Resultate sind besorgniserregend. Jugendliche im Kanton Zürich erfahren mehr Gewalt und üben auch häufiger Gewalt aus. Handeln tut not.

Nachdem die Studie des Jahres 2014 eine gegenüber jener von 2007 eine tiefere Jugendgewalt im Kanton Zürich ausgewiesen hatte, liegen die Zahlen der aktuellen Studie zum Jahr 2021 wieder deutlich höher.

Die Jugendgewalt ist nicht nur bei den polizeilich registrierten Delikten angestiegen, sondern auch in Bezug auf Gewalt, welche die 4‘000 befragten Jugendlichen selbst erfahren oder über die sie berichtet haben. Gezielte Massnahmen drängen sich auf.

Mehr Gewaltdelikte

Die Zunahme der Jugendgewalt zeigt sich in den meisten untersuchten Gewaltformen. Besonders deutlich angestiegen ist sie bei Raub und Erpressung mit Gewaltandrohung sowie bei Verletzungen der sexuellen Integrität. Zugenommen haben sexuelle Belästigungen und Mobbing im schulischen Bereich, ebenso wie Belästigungen über die sozialen Medien.

Vermehrt genannt wird Gewaltanwendung im öffentlichen Raum, die von nicht identifizierten Personen begangen wird. Gemäss Kriminalstatistik handelt es sich dabei oft um Jugendliche ausländischer Herkunft. Angestiegen sind ebenso rassistisch oder religiös motivierte Gewalttätigkeiten sowie Konflikte zwischen Gruppen. Letzteres ist zweifellos auch eine Folge der massiven Zuwanderung. Auch die Frühdelinquenz – also das delinquente Verhalten von Heranwachsenden vor dem 13. Altersjahr – hat weiter zugenommen, ebenso der Alkoholkonsum in dieser Altersgruppe.

Die SVP will diese gefährliche Tendenz insbesondere mit einer verstärkten Prävention stoppen. Für die Kantonspolizei ist die Bekämpfung der Jugendkriminalität seit 2021 ein Schwerpunkt, den es weiter auszubauen gilt. Auch die Gewaltprävention und -intervention an Schulen muss verbessert werden.

Mehr Polizeipräsenz

Insbesondere gilt es Brennpunkte zu erkennen und rasch zu reagieren, auch mit verstärkter Polizeipräsenz an neuralgischen Orten. Mit Kontakt- und Rayonverboten sowie vorsorglich angeordneten Schutzmassnahmen sollen jugendliche Gewaltstraftäter gezielt von weiteren Straftaten abgehalten werden. Zudem müssen zur Bekämpfung von Jugendgewalt Schulen, Jugendarbeit, Präventionsfachstellen, die Polizei und die Jugendstrafrechtspflege konsequent zusammenarbeiten.

Dringende Verschärfung des Jugendstrafrechts

Bei besonders schweren Straftaten von Jugendlichen, die oft mit einer erschreckenden kriminellen Energie verbunden sind, muss eine Verschärfung des Jugendstrafrechts angestrebt werden. Dies mit den folgenden Schwerpunkten:

Bei schweren Verbrechen sind generell unbedingte Strafen auszusprechen. Zweitens: Wird eine «Massnahme» (Heimeinweisung) angeordnet und kooperiert der jugendliche Täter nicht, so muss der Vollzug der Freiheitsstrafe auch in einem Gefängnis möglich sein. Drittens ist der maximale Freiheitsentzug von heute vier Jahren für Jugendliche massgeblich zu erhöhen. Und viertens müssen Jugendliche bei besonders schweren Straftaten nach dem Erwachsenenstrafrecht beurteilt werden können.

Für die Bevölkerung und unsere Kinder

Nachdem wir seinerzeit mit einer ähnlichen Intervention im Bundesparlament nicht durchgedrungen sind, dürften wir heute in Anbetracht der neuesten Zahlen zur Jugendgewalt mehr Erfolg haben. Gerade wir von der SVP, die für mehr Sicherheit einsteht, sind es der Bevölkerung und unseren Kindern schuldig, dass wir konsequent gegen jede Art von Gewalt vorgehen.

Nina Fehr Düsel

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI
ZANETTI POSCHIAVO/GR
ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch
Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Das Büro Ha deckt auf!

Der unendliche Blödsinn. Die Schweiz verursache viel mehr Co_2 als bislang bekannt, dieser unendliche Blödsinn wird wieder einmal behauptet: «Die CO_2-Emissionen der Schweiz sind um ein Vielfaches höher als bisher bekannt. Die Inland-Emissionen tragen zwar weniger als 0,1 Prozent zum globalen Ausstoss bei. Zählt man aber den direkten oder indirekten Einfluss ihrer globalisierten Wirtschaft hinzu, kommt ein Wert von zwei bis drei Prozent heraus.» Das will McKinsey in einer Studie «ausgerechnet» haben. Und weiter: «Viele internationale Firmen mit Sitz in der Schweiz betreiben ihr Geschäft vorrangig im Ausland. Der dadurch verursachte CO_2-Ausstoss beträgt mit jährlich 300 bis 400 Megatonnen das Sechs- bis Neunfache der Inlandemissionen.» Die von McKinsey zusammen mit Economiesuisse und WWF erstellte Studie zeigt, wie man mit «Berechnungen» irgend einen Unsinn herbeischnorren kann. Da hat McKinsey wieder einmal gut verdient. Da ja der WWF (finanziert durch Steuergelder und Betteln) und Economiesuisse (finanziert durch Unternehmen), die diese Unkosten auf die Produkte schlagen, auch mitrechneten, kann ja nur eine grosse Zahl herauskommen! Nichts anderes als eine Hetzkampagne und warme Luft.

*

Palaver auf hoher Ebene. An der Eröffnung der Salzburger Festspiele titulierte der fast 80-jährige Bundespräsident Van der Bellen alle Bürger, die gegen die Sanktionen gegen Russland sind, als Kollaborateure. Im Land, das weltweit seine Minister am schnellsten auswechselt (wegen Unfähigkeit) sind solche Sprüche nichts anderes als eine ungeheuerliche Beleidigung der Bürger. Viele Österreicher können kaum mehr den Tank füllen, die Lebensmittelpreise sind zwischen 20 und 140% gestiegen und ab dem 9. Oktober werden sie frieren, aus «Solidarität», während in der Hofburg angenehme 25 Grad herrschen. Der grüne Schweiger hat gut reden: Er bezieht ein Gehalt von monatlich 25'000 Euro, zuzüglich diverse Annehmlichkeiten, wie es sich für Regenten auf Lebenszeit gehört. Und fast hätten wir es vergessen: Er bezieht dieses Gehalt 14 mal pro Jahr.

*

Nachlese zur AHV-Abstimmung. Die männlichen Stimmbürger haben offenbar die Frauen «überstimmt». Das würde ja heissen, dass weniger Frauen als Männer an die Urne gingen. Die Stimmbeteiligung betrug 52%. Das würde ja bedeuten, dass 50% der Frauen nicht an die Urne gingen. Wie hiess die Frage an die (50% unbeteiligten) Frauen? «Wollt Ihr länger arbeiten»? Und die Hälfte der Frauen hat nicht an der Abstimmung im Absenzi-Land teilgenommen.

Tis Hagmann

Heinz Allenspach † (1928 - 2022)

Heinz Allenspach, während sechzehn Jahren profilierte Stimme des Zürcher Freisinns im Nationalrat, vermittelte seinerzeit seine der Wirtschaftsfreiheit verpflichteten Grundsätze Ausgabe um Ausgabe auch den Lesern der Schweizerzeit. Nüchterne Kompetenz und Grundsatztreue prägten seine Kolumnen genauso wie seine Voten im Parlament und in unzähligen Auftritten in der Öffentlichkeit.

Überzeugend gelang es ihm, auch dem sog. «Mann auf der Strasse» zu zeigen, dass allzu enge obrigkeitliche Regulierung der Wirtschaftsabläufe nicht nur die Renditen von Betrieben schmälert, dass vielmehr auch den Arbeitern und Angestellten als Folge davon der in den Lohntüten sichtbare Ertrag ihrer Leistung geschmälert wird. Es war die Beharrlichkeit, mit der Heinz Allenspach seine freiheitlichen Grundsätze immer von neuem wieder begründet und wohlinformiert in Diskussionen und Streitgespräche eingebracht hat, die ihm weit über das bürgerliche Lager hinaus Respekt eintrug – sowohl seitens von Gesinnungsfreunden, aber auch von politischen Gegnern.

Heinz Allenspachs Stimme ist am 16. September 2022 für immer verstummt. Die von ihm vertretenen Grundsätze werden die wirtschaftspolitische Haltung der Schweizerzeit weiterhin prägen.

Ulrich Schlüer

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
Preis bis Ende 2022: Fr. 30.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: **Unterschrift:**

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Spätestens mit dem «Blick»-Artikel «SVP-Sozialvorsteherin Martina Bircher schlägt Alarm» vom 17.2.2018 wurde die damalige Gemeinderätin, Grossrätin, Sozial-, Gesundheits- und Asylpolitikerin aus Aarburg national bekannt. Ihre Auflistung über die «Summen, welche ausländische Sozialhilfeempfänger in den letzten Jahren empfangen haben» (siehe Seite 21) schlug wie eine Bombe ein. Die Leute spürten: Diese Frau geht den Dingen auf den Grund, sie kämpft mit Fakten, Sachkenntnis und Herzblut gegen Missstände und sucht beharrlich nach guten, gerechten Lösungen. Und schon im Folgejahr 2019 wurde sie – wohl auch wegen ihres träfen Slogans «Schicken Sie mich als Praktikerin nach Bern, Theoretiker hat es genug!» – in den Nationalrat gewählt.

Martina Bircher

Martina Bircher lebt mit ihrem Partner, ihrem 4-jährigen Sohn und ihrer Hündin in Aarburg im Kanton Aargau. Hier sind auch ihre politischen Wurzeln. Das Paar suchte sich im Jahr 2012 eine Wohnung in der Mitte zwischen Bern und Basel. Er arbeitete in Bern und sie in Basel, so entschieden sie sich für Aarburg. Die Kleinstadt befindet sich direkt neben Olten und liegt sehr zentral. Martina war damals als Projektleiterin Finanzen bei Coop tätig, zuvor hatte sie eine kaufmännische Lehre und ein Betriebswirtschaftsstudium an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten absolviert.

Weil sie bereits mit 19 Jahren der SVP beigetreten war, meldete sie sich bald nach dem Umzug nach Aarburg beim Ortsparteipräsidenten. Sie bot ihm ihre Hilfe an – und dabei warb er sie gleich als Gemeinderatskandidatin an. Nach längerem Überlegen – «Bauchentscheidungen sind nichts für mich, ich bin ein Kopfmensch» – sagte sie zu und kandidierte bereits ein halbes Jahr nach dem Umzug für das Exekutivamt.

Politische Karriere dank neun Stimmen Unterschied

«Auf Anhieb wurde ich als Gemeinderätin gewählt, der Stimmenunterschied war hauchdünn. Gerade einmal neun Stimmen betrug die Differenz zu meiner Konkurrenz – was einmal mehr zeigt, wie wichtig es ist, wählen und abstimmen zu gehen. 2014 begann ich als Sozialvorsteherin der Einwohnergemeinde Aarburg mit 8‘500 Einwohnern und einem Ausländeranteil von 43%. Da ich ein Zahlentyp bin, merkte ich rasch, dass wir ein grosses Problem mit Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Sozialhilfe hatten. Fast 200 Eritreerinnen und Eriteer lebten in Aarburg – alle waren einst über die Asylschiene in die Schweiz eingereist und zu einem grossen Teil vom Bund bzw. dem Staatssekretariat für Migration als Flüchtlinge anerkannt worden. Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz bezahlt bekanntlich nicht mehr der Bund sondern die Wohngemeinde für diese Leute Sozialhilfe. Weil viele Asylbewerber extrem Mühe haben, in der Schweiz Fuss zu fassen, leben 90 % von ihnen von der Sozialhilfe.»

«Ich bin eine Kämpferin. Was mich stört, das will ich verändern und verbessern. Also kandidierte ich 2016 für den Grossen Rat, und auch diese Wahl klappte auf Anhieb. Im Grossen Rat konnte ich mir als Expertin für Asyl, Migration und Integration einen Namen schaffen. Gleichzeitig konnte ich in Aarburg vor allem im Finanz- und Sozialbereich weitere Verbesserungen erzielen.»

Spitexkosten halbiert

Während alle andern Gemeinden im Bezirk Zofingen ihre Spitex-Organisationen fusionieren, geht Martina Bircher einen ganz anderen Weg. Sie sorgt dafür, dass die Spitexleistungen ausgeschrieben werden und kann so den Leistungsauftrag an einen privaten Anbieter vergeben. Die Kosteneinsparungen belaufen sich auf 50% pro Jahr, und das natürlich wiederkehrend. Die Qualität der Leistungen nimmt sogar zu. Ein Beweis, dass im Gesundheitswesen gespart werden kann, ohne dass die Qualität darunter leidet.

«Diesen Erfolg versuchten natürlich alle anderen immer klein zu reden, und ein Dankeschön habe ich nie erhalten, obwohl mir diese politische Entscheidung am Anfang sogar mein Amt hätte kosten können. Denn der Spitexwechsel wurde am Anfang vehement abgelehnt. Dass bei der damaligen Informationsveranstaltung nicht noch faule Eier nach mir geworfen wurden, ist fast ein Wunder. Darüber ärgere ich mich manchmal noch heute. Aber das Leben ging weiter, und die Erfolge gaben mir Recht, entsprechend setzte ich mich auf kantonaler Stufe auch im Bereich Gesundheitspolitik ein. Und weil im Asyl- wie im Gesundheitsbereich der Bund das Sagen hat, kandidierte ich 2019 für den Nationalrat. Auch diese Wahl klappte auf Anhieb, und nun darf ich seit bald drei Jahren in der grossen Kammer politisieren.»

Auf der berühmten «Route 66»

Mehr Praktiker, weniger Theoretiker

«Meinen damaligen Nationalratswahlkampf führte ich unter dem Slogan: Schicken Sie mich als Praktikerin nach Bern – Theoretiker hat es genug! Und nach meinen bisherigen Erfahrungen in Bundesbern darf ich sagen: Ich habe damals mit diesem Slogan ins Schwarze getroffen!»

Weil Martina Bircher immer noch Sozialvorsteherin ist und sich mittlerweile auch selbständig gemacht hat – sie berät vor allem Gemeinden im Bereich Soziales und Gesundheit – ist sie sehr nahe am Puls des Geschehens. «Doch in Bern will man die Probleme und die Erfahrungen aus der Praxis nicht hören, oder man behauptet bei Missständen, es handle es sich um ‹Einzelfälle›.

Herkunft	Ausweis	Materielle Hilfe seit	Sozialhilfe total	Personen
1. Irak	C	2004	**Fr. 580 000.–**	4
2.Türkei	C	2005	**Fr. 402 000.–**	4
3. Eritrea	C	2009	**Fr. 392 000.–**	5
4. Eritrea	C	2008	**Fr. 364 000.–**	4
5. Eritrea	C	2011	**Fr. 346 000.–**	6
6. Eritrea	C	2010	**Fr. 342 000.–**	5
7. Eritrea	C	2008	**Fr. 305 000.–**	1
8. Eritrea	B	2009	**Fr. 304 000.–**	6
9. Eritrea	C	2011	**Fr. 283 000.–**	6
10. Serbien	C	2006	**Fr. 271 000.–**	2

Quelle: Sozialamt Aarburg

Es ärgert mich, wenn Politiker ihre Augen vor der Realität verschliessen, Steuergelder verschleudern oder eine «Laissez-faire»-Ausländerpolitik betreiben.»

«Ich selber habe in meinem Leben noch nie etwas geschenkt bekommen. Meine Erfolge sind das Resultat beharrlicher und harter Arbeit. Dies begann schon früh, als mein Lehrer mich in die Realschule schickte mit dem Spruch, dass ich dereinst ja eh «nur» Hausfrau und Mutter sein würde – und dafür genüge die Realschule. Doch genau dieses Schlüsselereignis war für mich der Ansporn, immer wieder mehr als 100 % zu geben – nach dem Leitsatz «Jetzt erst recht!» Und so wechselte ich von der Real in die Sek und später in die Bezirksschule. Und nun darf ich die Aargauerinnen und Aargauer in der Grossen Kammer vertreten.»

«Dies zeigt mir, dass in unserem schönen Land jede und jeder die Möglichkeit hat, sein Leben eigenständig zu bestimmen und dass wir für unseren Erfolg selber verantwortlich sind. Daher müssen wir unserem Land und unseren Werten Sorge tragen. Das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig. Auch sie sollen das Privileg haben, in einer sicheren, unabhängigen, selbstbestimmten Schweiz leben zu dürfen.»

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Donnerstag, 13. Oktober 2022, 18.45 Uhr

«Wie weiter mit der Ukraine, Putin und Xi?»

Fachreferat von Peter Regli, Divisionär aD und ehem. Chef Nachrichtendienst
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13/15, 3000 Bern 22
Veranstalterinnen: PRO LIBERTATE und PIKOM

Samstag, 15. Oktober 2022, 10.30 Uhr

Gründungsversammlung «Pro Schweiz»

Gründungsakt mit Beschluss über die Unterstützung der Neutralitätsinitiative
Mehrzweckhalle Kaserne, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern
Veranstalterinnen: Auns, EU-No, Unternehmer-Vereinigung gegen den EU-Beitritt

Samstag, 5. November 2022, 18.00 Uhr

Herbstfest

Mit Referat des Regierungspräsidenten Ernst Stocker (Finanzdirektor SVP/ZH)
Restaurant Breiti, Seebnerstrasse 21, 8185 Winkel b. Bülach ZH
Veranstalterin: SVP Bezirk Bülach / Anmeldung bis 15. Oktober an info@matthias-hauser.ch

Büchertisch

BESTSELLER

Die Vernunft und ihre Feinde

Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens

Thilo Sarrazin
Einem Bildersturm gleich fegt die Woke-Kulturfeindschaft durch das Abendland, hasserfüllt verbreitet von jenen, die selbst nichts zu erschaffen vermögen und Werte zerstören, welche die abendländische Kultur seit Jahrhunderten prägen.

Mit dem Furor der Kulturzerstörung befasst sich der deutsche Publizist Thilo Sarrazin, Bestseller-Autor, von Angela Merkel buchstäblich in die publizistische Unterwelt verwiesen. Sarrazin zeigte bereits, wie zentralistische EU-Finanzdiktatur die freie Wirtschaftsentwicklung in Europa untergräbt. Im neuen Buch beschreibt er in seiner ihm eigenen, nüchternen Art die Auslöser der Woke-Hasstiraden. Er legt die Triebkräfte der Kulturzerstörung frei und formuliert Antworten, wie die Kultur des Abendlandes, der die ganze Welt viel zu verdanken hat, gegen die Hasstiraden antreten soll.

LangenMüller, München 2022, 392 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.40

Im Hexenkessel der Bundeshaus-Medien

Tagebuch eines Insiders

Martin Hasler
Der Autor arbeitete mehrere Jahre als SRG-Kameramann im Bundeshaus. Er bekam viel zu sehen, von dem die Öffentlichkeit nichts erfahren hat. Im Buch präsentiert er seine Erlebnisse: Oft gehörte, oft nur pauschal formulierte Kritik an einseitiger Medienberichterstattung wird mit handfester Erfahrung unterlegt.

Eigenverlag, Mai 2022, 343 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 26.–

AKTUELL

Der Weg zur Knechtschaft

Mein Jahrhundertbuch

Friedrich A. von Hayek
Im Zeitalter der immer engeren Regulierung, tausender unter Krisenvorwand erlassener bürokratischer Vorgaben ist dem Hauptwerk des grossen Ökonomen Friedrich A. von Hayek erneut Beachtung zu schenken: Nie war Hayeks Sozialismuskritik wichtiger als heute.

Kopp, Rottenburg 2022, 323 S., geb., (Richtpreis Fr. 52.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 47.60

Demokratie mit Zukunft

Die Erschaffung der modernen Schweiz

Thomas Lötscher
Während Europa von lauter Monarchien beherrscht wurde, gründeten die Vertreter von 25 Kantonen 1848 einen demokratischen Staat, frei von jeglicher monarchischen Hierarchie. In Zeiten, da die Demokratie gefährdet, ja bedroht ist, verdient dieses neue Werk über die Entstehung der Eidgenossenschaft erst recht Beachtung.

Weber, Gwatt/Thun 2022, 156 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 26.10

Von Geld und Werten

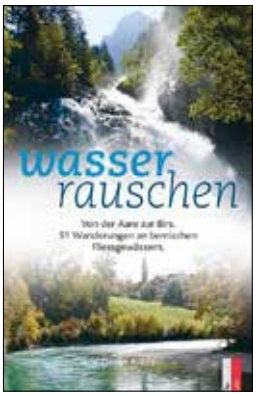
Ungeschriebene Gesetze für eine erfolgreiche Vermögensübergabe

Jorge Frey, Eugen Stamm
Ein Ratgeber, wie heutzutage erworbenes Vermögen so vererbt werden kann, dass die Erben weit mehr als die gefräßige Staatsbürokratie daraus ernten können. Auf dass das Erbe Geschenk und nicht Last wird.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2022 (2019), 173 S., brosch., (Richtpreis Fr. 34.–) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 30.60

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Wasserrauschen

Von der Aare zur Birs

Daniel Anker
51 Wandervorschläge entlang bernischer Flüsse und Bäche.

AS, Zürich 2022, 365 S., geb., reich ill., (Richtpreis Fr. 42.80)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 38.50

111 Orte im Herzen des Jura, die man gesehen haben muss

Mit Fotografien von Michel Riethmann

Marcus X. Schmid
Ein neuer Wanderführer aus dem Verlag der 111er-Reiseführer, der Wanderer zu Zielen führt, die er allein kaum finden würde.

emons, Köln 2022, 240 S., brosch., reich ill., (Richtpreis Fr. 25.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.30

BUCHZEICHEN

Vermögen für alle

Wer die bessere Verteilung hemmt, und wie wir sie erreichen.

Beat Kappeler
Nachdem Beat Kappeler in verschiedenen, grosse Beachtung erzielenden Publikationen seine Wertschätzung für freie, wettbewerbsorientierte Wirtschaft überzeugend vorgelegt hat, plädiert er in seinem neusten Werk für breite Vermögens-Streuung – nicht durch bürokratische Umverteilung via Staatsstellen erreichbar, sondern durch konsequenten Ausbau freiheitlicher Rahmenbedingungen, die möglichst vielen Chancen einräumen, sich persönliches Vermögen als Fundament eigenständiger Lebensgestaltung zu erarbeiten.

Einer, der die Wirtschaft und ihre Gesetze kennt, plädiert für eine freiheitliche Ordnung, von der jeder, der Leistung erbringt, profitieren kann.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2022, 112 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.60

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

☐ Thilo Sarrazin – Die Vernunft und ihre Feinde **à Fr. 31.40**
☐ Martin Hasler – Im Hexenkessel der Bundeshaus-Medien **à Fr. 26.–**

Aktuell

☐ Friedrich A. Hayek – Der Weg zur Knechtschaft **à Fr. 47.60**
☐ Thomas Lötscher – Demokratie mit Zukunft **à Fr. 26.10**
☐ Jorge Frey, Eugen Stamm – Von Geld und Werten **à Fr. 30.60**

Heimat

☐ Daniel Anker – Wasserrauschen **à Fr. 38.50**
☐ Marcus X. Schmid – 111 Orte im Herzen des Jura, die man gesehen haben muss **à Fr. 23.30**

Buchzeichen

☐ Beat Kappeler – Vermögen für alle **à Fr. 30.60**

Bestellung an:
Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei. *(18/17.10.2022)*

Name / Vorname

Strasse / Nr.

PLZ / Ort Tel-Nr.

Datum Unterschrift

SCHWEIZERZEIT-ONLINE

#digital

Die «Schweizerzeit» ist auch online mit brisanten Beiträgen vertreten.

Jetzt scannen und entdecken

Die nächste Schweizerzeit erscheint am

28. Oktober 2022

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Veranstaltungen: Denise Betschart

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG, Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten, T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Gesellschaftspolitik

Kürzlich äusserte sich ein frisch gewählter kantonaler SVP-Mandatsträger in den Medien, gesellschaftspolitische Fragen seien für die Partei nicht so wichtig. Jedes Parteimitglied solle sich seine Meinung zur «Ehe für alle», zu Abtreibungen oder anderen Fragen selbst bilden. Die SVP habe sich aus solchen Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Etliche jüngere Frauen und solche, die meinen, mit gesellschaftspolitischer Anbiederung an den Zeitgeist könne die SVP in linken Städten punkten, weibeln ebenfalls für einen Umbruch innerhalb der SVP: Weg von den wertekonservativen Wurzeln, hin zur neumodischen Homo-, Trans- und Feminismus-Agenda.

Man kann ob solcher Kurzsichtigkeit nur ungläubig die Nase rümpfen. Kaum ein politisches Feld ist so wichtig wie die Gesellschaftspolitik – die laut Fachdefinition «alle politischen Massnahmen bezeichnet, welche der Formung und Beeinflussung einer menschlichen Gesellschaft dienen.» Was nützt der Kampf gegen Tempo 30-Zonen, wenn sich die SVP gleichzeitig von der «Formung und Beeinflussung der Gesellschaft» verabschiedet und dieses Feld den äusserst gut organisierten Linken überlässt?

In einer Gesellschaft, in der sich sozialistische und antikonservative Haltungen aufgrund der alltäglichen Berieselung durch zeitgeistkonforme Medien, Parteien und Influencer immer stärker festsetzen, wird es für Anliegen der SVP logischerweise immer schwerer, überhaupt noch Mehrheiten zu erlangen. Oder anders gesagt: Wenn wir nicht im Wettbewerb der Meinungs- und Identitätsentwicklung der Menschen mitmischen, kommen wir an sie mit puren Abstimmungsvorlagen gar nicht mehr heran. Wenn wir den «Kampf um die Köpfe» nicht führen, ist auch zweitrangig, wieviel Geld wir für Werbung ausgeben.

Wenn gewisse Exponenten meinen, wir könnten mehr Wahlerfolge erzielen, wenn wir uns darauf beschränken, zuwanderungs- und EU-skeptisch zu sein, schätzen sie die Lage falsch ein. Nichts ist für den Fortbestand einer Nation wertvoller, als für möglichst viele bodenständige, im christlichen Wertefundament verankerte Familien zu kämpfen. In Regionen, in denen konservative Werte – verbunden mit wirtschaftspolitischer Vernunft – tief verwurzelt sind, fallen für die SVP auch die Abstimmungsergebnisse wesentlich besser aus. Das zeigte beispielhaft die knappe Ablehnung der Verrechnungssteuer-Vorlage – die von vielen Stimmbürgern verworfen wurde, die von unseren Kontrahenten «beeinflusst und geformt» wurden.

Anian Liebrand

Schluss Punkt